

Ressort: Lokales

NRW-Landesregierung kritisiert Osthilfen als zu hoch

Berlin, 01.12.2015, 01:00 Uhr

GDN - Im Ringen um den Finanzausgleich geht die nordrhein-westfälische Landesregierung auf Konfrontationskurs zu den neuen Ländern und Berlin. Im Gespräch mit dem "Kölner Stadt-Anzeiger" (Dienstagsausgabe) warnte NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) den Osten davor, "den Status quo mit einer Überkompensation für eine Region" verteidigen zu wollen.

Die sechs Länder im Osten einschließlich Berlin hätten trotz geringerer Einwohnerzahl und Finanzkraft ein Viertel mehr Mittel zur Verfügung als Nordrhein-Westfalen. Anders als NRW müssten die Ostländer nicht zur Bank gehen, sondern bekämen ihre deutlich größeren Lücken durch den Finanzausgleich mehr als ausgeglichen. Am Donnerstag beraten die Ministerpräsidenten erneut über den künftigen Finanzausgleich. Düsseldorf dringt auch auf mehr Transparenz. Im eigentlichen Finanzausgleich bekommt NRW als Nehmerland Unterstützung. Bei der Verteilung der Umsatzsteuer aber zahlt es Milliarden in den gemeinsamen Topf ein. Diese Leistungen müssten deutlich werden, forderte Walter-Borjans. Dagegen wehren sich die Ostländer. Sie fürchten die politische Debatte, sollten die hohen Zahlungen an sie offengelegt werden.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-63940/nrw-landesregierung-kritisiert-osthilfen-als-zu-hoch.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619